



**VPK-Bundesverband e.V.**

## **Medieninformation**

### **VPK: Ausbau der Kindertagesbetreuung muss forciert werden**

**Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme belegt die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Beteiligung privat-wirtschaftlicher Träger**

Berlin, 1. Juli 2010

**Der am Montag von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ macht einmal mehr deutlich: Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geht in Deutschland viel zu langsam voran. Die neuesten Zahlen belegen, dass immer mehr Kinder im Alter von ein und zwei Jahren in Deutschland die Angebote von Kitas und Tagespflege nutzen. Dieser Trend geht allerdings nicht mit einem entsprechenden Tempo beim Ausbau weiterer Plätze einher. Vielmehr steht zu befürchten, dass der für 2013 angekündigte und gesetzlich verankerte Rechtsanspruch auf Betreuung der unter Dreijährigen ins Wanken gerät. Aus Sicht des Bundesverbandes privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe (VPK) kann ein wenigstens annähernd flächendeckendes Angebot nur dann realisiert werden, wenn öffentliche, privat-gemeinnützige und privat-wirtschaftliche Träger gleichermaßen am Ausbau beteiligt werden.**

„Der Bedarf an guten Betreuungsplätzen in unserem Land wächst von Tag zu Tag. Dies wissen wir nicht nur aus Studien wie die der Bertelsmann Stiftung, sondern das erfahren wir täglich bei unserer Arbeit und im Dialog mit Kommunalpolitikern vor Ort“, so Hermann Hasenfuß, Vizepräsident des VPK. „Umso erstaunlicher ist es, dass dieser Bedarf nicht von den verantwortlichen Politikern auf Bundesebene erkannt wird und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Lösung des Problems führen“, so Hasenfuß weiter. Auf dem sogenannten Krippengipfel im Jahr 2007 wurde ein durchschnittlicher Bedarf an Betreuungsplätzen von 35 Prozent definiert. Der tatsächliche Bedarf – so sind sich alle Experten einig – wird weit über diesem Prozentsatz liegen. Eine jährliche Bedarfsermittlung durch die Bundesregierung ist unabdingbar, um verlässliche Zahlen zu generieren – sie wird von der Bundesregierung jedoch bislang nicht durchgeführt.

Stattdessen wird die Verantwortung den Kommunen zugeschoben, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise über einen Einbruch ihrer Finanzen klagen und sich nicht in der Lage sehen, den Ausbau in gewünschtem Maße voranzutreiben. „Aus eigener Kraft wird den Kommunen der Ausbau nur schwer gelingen. Es müssen Lösungen her, wie der Bund diese finanziell noch weiter unterstützen kann. Unser Land muss endlich begreifen, dass es mehr Geld in den Ausbau der frühkindlichen Förderung und Betreuung investieren muss – so wie es andere europäische Länder längst erfolgreich tun. Die langfristigen positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind wissenschaftlich belegt – nun muss man den Mut haben, auch entsprechend zu handeln“, so Hermann Hasenfuß.

Wichtige Akteure, die ganz entscheidend zu einem erfolgreichen Ausbau und dem Angebot qualitativ hochwertiger Betreuungsplätze beitragen, sind privat-wirtschaftliche Träger von Kindertageseinrichtungen. Sie haben die Bedürfnisse von Eltern und Kindern erkannt und haben hochwertige und flexible Angebote entwickelt, die – wo vorhanden – stark nachgefragt werden. Jedoch werden diese Träger trotz vermeintlicher rechtlicher Besserstellung durch das KiföG noch nicht in allen Bundesländern gleichberechtigt behandelt bzw. bei Ausschreibungen berücksichtigt. „Diese Ungleichbehandlung muss schnellstmöglich beendet werden“, so Hasenfuß. „Länder und Kommunen lassen hier viel Potenzial ungenutzt und erkennen nicht, welche Vorteile die Einbindung privat-wirtschaftlicher Träger in sich birgt. Im Sinne unserer Gesellschaft und unserer Kinder muss hier ganz schnell ein Umdenken stattfinden. Krippen sind keine ‚Parkplätze‘ für die Allerkleinsten. Sie sind Orte der frühkindlichen Bildung, erlauben insbesondere Kindern aus benachteiligten Familien eine frühe und erfolgreiche Integration und geben Eltern die Möglichkeit, Familien- und Erwerbsleben miteinander zu verbinden. Wir benötigen dringend ein bedarfsgerechtes Angebot, zu dem alle Trägerarten ihren individuellen Beitrag leisten dürfen. Je länger wir bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zögern, desto schwerwiegender werden die langfristigen Konsequenzen für die Bildung in unserem Land sowie für die Volkswirtschaft sein“, so Hasenfuß abschließend.

#### Kontakt / Ansprechpartner

Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V. (VPK)  
Bundesgeschäftsstelle: Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030 – 42859656  
Referentin: Sophia Reichardt, Tel.: 030-424 92 24  
Email: [reichardt@vpk.de](mailto:reichardt@vpk.de) oder Internet: [www.vpk.de](http://www.vpk.de)

#### Hintergrund

Der VPK-Bundesverband ist der einzige bundesweite Dachverband für privat-wirtschaftliche Leistungsträger in der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe. Mitglieder sind Landes- und Fachverbände sowie Vereine, Verbände und sonstige Körperschaften, die auf Grundlage des Sozialgesetzbuches verschiedene Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe erbringen. Der VPK versteht sich in erster Linie als ein interessen geleiteter gemeinnütziger Verband zur Unterstützung der im VPK zusammengeschlossenen privat-wirtschaftlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe und wird für deren Vertretung gegenüber Politik und Gesellschaft aktiv. Der Verband ist von seinem Selbstverständnis her leistungs-, qualitäts- und kostenorientiert und in verschiedenen übergreifenden Gremien aktiv vertreten. Er wird in allgemeinen und grundsätzlichen Fragestellungen der Kinder- und Jugendhilfe initiativ, verfasst Stellungnahmen, unterhält eine Internetseite und gibt die Fachzeitschrift „Blickpunkt Jugendhilfe“ heraus.